

die CDU/CSU beläßt es bis heute bei scharfer Abgrenzung. Die nötige Auseinandersetzung haben beide nicht geleistet. Dies bedeutet einen beträchtlichen politischen Potenzverlust. Ob er insbesondere bei der jungen Generation noch wettgemacht werden kann, ist die offene Frage. se

Unbequem

Probleme mit und in den Pfarrgemeinderäten

In den Tagen nach dem CDU-Parteitag in Bremen, als an unionsnahen und anderen Stammtischen noch lebhaft über die Herauswahl des baden-württembergischen Ministerpräsidenten *Lothar Späth* aus dem CDU-Präsidium debattiert wurde, erläuterte in einem Zirkel katholischer Profis ein Pfarrer aus dem Rheinischen das folgende Problem: Demnächst, Ende Oktober, also bald nach den dortigen Kommunalwahlen, würden in den nordrhein-westfälischen Diözesen Pfarrgemeinderatswahlen stattfinden. Das Späth-ähnliche Problem: Die *Wahlordnung für die Pfarrgemeinderatswahlen* sehe ein Drittel mehr Kandidaten vor, als gewählt werden können. Da es also ähnlich wie bei den CDU-Präsidiumswahlen in Bremen mehr Kandidaten als zu Wählende gebe, müsse der eine oder andere notwendigerweise das Nachsehen haben. Erfahrungsgemäß fühlten sich die einmal Unterlegenen oder nicht mehr Gewählten von der Gemeinde aber so sehr zurückgewiesen, daß sie für alle Zukunft zu keiner Kandidatur mehr bereit seien. Das Kandidatenpotential erschöpfe sich so irgendwann.

In der Tat scheinen das Problem nicht nur Politiker zu haben. Für eine Wahl kandidieren ist gut, aber bei einer Wahl durchfallen verträgt sich offenbar schlecht *mit dem Selbstbild von der eigenen Bedeutung und dem Selbstwertgefühl*. Und demokratische Wahlen sind nun einmal die Probe aufs Exempel des jeweils aktuellen Aushaltens des prinzipiellen und punktuellen Un-

terschiedes zwischen Fremd- und Selbsteinschätzung. Vielleicht ist das Problem in einer Pfarrgemeinde sogar noch ausgeprägter als in einem politischen Verband. Schließlich kennt man sich und wird gekannt im Persönlichen und Privaten und nicht nur als Repräsentant eines öffentlichen Organs. Das Phänomen ist auch aus ganz anderen Breiten- und Längengraden bekannt: In ostasiatischen Ländern zumal erzählen einem Pfarrer und Missionare, das mit dem Wählen sei so eine Sache, man lasse es lieber oder ersetze es durch Berufung. Berufung sei immer ehrenvoll, das Nichtgewähltwerden aber bedeute *Gesichtsverlust*, und das sei ungefähr das schlimmste, was einem passieren könnte. Es sei also sehr berechtigt und richtig, Menschen vor solchem Risiko zu bewahren. In afrikanischen Ländern ist Ähnliches zu hören.

Es ist offenbar nirgends leicht, Kratzer im persönlichen Ansehen zu ertragen. Aber was in anderen Zivilisationsformen und Kulturen wirklich schwierig sein mag, müßte innerhalb einer nicht mehr ganz jungen demokratischen Tradition politisch wie kirchlich lösbar sein: Jedes Wahlamt, das größte wie das kleinste, ist Beauftragung auf Zeit, und eine Wahl ohne Nichtgewählte wäre keine. Ein solides demokratisches Bewußtsein und ein bißchen christliche Demut müßten also ausreichen, um trotz Nichtwahl sich noch einmal zur Verfügung zu stellen.

Es gibt aber bei uns und anderswo wohl noch andere, vermutlich *größere Probleme*, die nicht nur die Kandidatenkür erschweren, sondern bei der nachkonziliaren Form kirchlicher Mitverantwortung und Mitbestimmung vor Ort zu Ermüdungserscheinungen führen. Nur manche Pfarrer empfinden sie als Bereicherung, andere als Last. Ein aus Polen stammender, ebenfalls im Rheinischen tätiger Geistlicher beklagte sich unlängst über die viele Bürokratie in den hiesigen Pfarreien. Als nach den Ursachen gefragt wurde, nannte er nicht die fast allseits beklagte Überbeanspruchung der Pfarrgeistlichkeit durch Verwaltungsarbeit, sondern „die Gremien“. Sie machten alles komplizierter,

schwieriger, umständlicher. In seinem Herkunftsland sei alles viel einfacher, der Pfarrer habe freie Hand, er entscheide, und das sei nicht nur richtiger, sondern auch effektiver.

Nur eine Einzelstimme? Doch wohl nicht. Die Gewöhnung an Mitsprache scheint jedenfalls nicht nur für entscheidungsfreudige Pfarrer nicht einfach zu sein. Zu den Gewöhnungsschwierigkeiten der Amtsträger kommen die *Klagen von Laien*, nicht so sehr von solchen, die draußen bleiben oder nach einem einmaligen Versuch nicht wieder gewählt wurden, sondern von Laien mit längerer Pfarrgemeinderatserfahrung: Man wisse, so heißt es im Extremfall – überhaupt nicht, wofür man gewählt sei, und mit dem und dem Pfarrer sei überhaupt nicht zu reden. Oder sachlicher: Man könne zwar einen Rat geben, aber praktisch nichts bewirken oder mitentscheiden, weil ja in allem irgendwie Theologisches und Lehramtliches mit im Spiel sei und damit die Amtsautorität des Pfarrers tangiert werde. Man könne in einer Pfarrei deshalb nur selten so beraten und beschließen, wie man es anderswo gewohnt ist.

Nur Einzelstimmen? Sicher auch in dem Fall nicht. Freilich muß nicht jeder Ausdruck von Unzufriedenheit auf die schwere Schulter genommen werden. Querulanten gibt es überall, auch unter Pfarrgemeinderäten, und autoritäre Autoritätsträger auch – unter Pfarrern vielleicht noch etwas häufiger als unter anderen. Weihe ist Gnadengabe, gelegentlich aber auch Versuchung. Doch in zahllosen Fällen weiß man sich nicht nur zu arrangieren, sondern geht es gut und werden Aussprache und Rat im Wahlgremium der Pfarrei als hilfreich und entlastend empfunden.

Allerdings scheint es noch *weitgehende Rollenunsicherheiten* zu geben. Pfarrer meinen häufiger, sie müßten einen Pfarrgemeinderat erst zu etwas Bestimmten „machen“, damit er brauchbar wird. Die nicht seltene Klage über fehlende Kontinuität, die in einem gewissen Kontrast zu der über Kandidatenmangel steht, nach einigen Jahren habe man „seinen“ Pfarrgemeinderat so weit, daß man mit ihm arbeiten

könne, dann kämen bereits wieder neue, und es heiße wieder von vorne beginnen, ist verräterisch. Sinn eines Pfarrgemeinderates ist doch wohl, seine Mitglieder so zu nehmen und sie sprechen und raten zu lassen, wie sie sind, und nicht erst „etwas“ aus ihnen machen zu wollen. Der Geist weht vermutlich nicht *nur* über den Pfarrern. Laien, die sich erst eine bestimmte „Spiritualität“ aneignen müssen, um vom Pfarrer akzeptiert zu werden, würden ihrer Aufgabe in einem Pfarrgemeinderat nicht gerecht. Sie sollen ja „Welt“, nicht Amtsträgerqualität „einbringen“. Vielleicht sind aber Laien in Fragen der Mitentscheidung gelegentlich auch zu anspruchsvoll. Entscheidend ist doch wohl, daß über alles gemeinsam gesprochen und beraten wird, was eine Gemeinde tun kann, um der christlichen Botschaft in ihrem Umfeld Resonanz zu verschaffen. Da bedarf es keines falschen Respekts vor dem Amtsträger – über Dogmen wird in einer Pfarrei ohnehin nicht entschieden, wohl aber sehr viel über die rechte Glaubenspraxis. *Da* sind Laien gefragt, nicht in erster Linie bei Details der Gottesdienstgestaltung.

Natürlich: in einer so hierarchischen Kirche wie der katholischen ist ein *gesunder Ausgleich zwischen hierarchischem und demokratischem Prinzip* „in Tat und Wahrheit“ nicht in wenigen Jahren, vermutlich auch nicht in Jahrzehnten zu schaffen. Aber es wäre Selbstdesavouierung der Kirche, sollte der Versuch schon vor Ort scheitern. Was bedeutete dann noch „Communio“ als soziale Verleiblichung ihres mystischen Wesens! se

Nutzlos?

Ist der Religionsunterricht an Berufsschulen gefährdet?

In den Allensbacher Untersuchungen zur Lage des Religionsunterrichts (vgl. HK, Juni 1989, 267 ff.) war der Befund eindeutig: In keinem Schultyp zeigt sich die Situation des Religions-

unterrichts so ungünstig wie in den berufsbildenden Schulen, und in keinem Schultyp ist es so schwierig wie hier, den Religionsunterricht zu erteilen. Nach Angaben der Lehrer zeigen Berufsschüler das allergeringste Interesse. Unter Berufsschülern erweist sich der Religionsunterricht als besonders unbeliebt, und die Neigung, sich von ihm abzumelden, ist unter ihnen am ausgeprägtesten. Daß dennoch ein Drittel der Berufsschüler den Glauben für durchaus wichtig hält, mag tröstlich sein, die Lage des Religionsunterrichts an Berufsschulen verändert dies nicht.

Und als wenn dies noch nicht genug wäre: An den Berufsschulen gibt es den mit Abstand stärksten Stundenausfall und den größten Mangel an Religionslehrern. Von kirchlicher Seite wird daher der Staat immer wieder an seine Gewährleistungspflicht erinnert, die sich schon aus der Tatsache ergibt, daß der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen grundgesetzlich verankert ist.

Wenn in jüngster Zeit vermehrt der Religionsunterricht an Berufsschulen Gegenstand öffentlich geführter Debatten geworden ist, dann hat dies jedoch weniger mit dessen schwieriger Gesamtlage zu tun, als damit, daß aus Politik und Wirtschaft vermehrt Stimmen laut werden, die die Notwendigkeit allgemeinbildender Fächer im Fächerkanon der Berufsschule in Zweifel ziehen, Fächer etwa wie Deutsch, Sport und – Religion. Die Begründung: Die technologische Entwicklung verläuft rasant und stellt an die Auszubildenden erhöhte Anforderungen. Die Berufsschulen möchten daher die schulische Ausbildungszeit erhöhen – Handwerk und Industrie eine weitere Verminderung der betrieblichen Ausbildungszeit vermeiden.

Am deutlichsten hat dies ein Vertreter des Deutschen Industrie- und Handeltages auf einem Symposium des Deutschen Katechetenvereins in Mainz im Frühjahr dieses Jahres zum Ausdruck gebracht: Für den Religionsunterricht empfahl er unumwunden andere, außerschulische Formen. Er verwies auf den hohen Anteil von Berufsschülern, die bei Schuleintritt bereits 18 Jahre und älter seien, zum

größten Teil Abschlüsse allgemeinbildender Schulen mitbringen und somit im Regelfall viele Religionsstunden hinter sich haben.

Kirchen und Religionspädagogen werden solche Schwierigkeiten bei der Verteilung des knappen Gutes „Ausbildungszeit“ nicht grundsätzlich in Abrede stellen. Andererseits werden sie sich auch hüten, allzu „vollmundig von der Unverzichtbarkeit von Religionsunterricht als Pflichtfach zu sprechen“ (*Günter Lange*): Nicht nur, daß der hohe Stundenausfall seinerseits wie ein fataler Beleg dafür wirkt, daß das Fach Religion offenbar doch nicht so unentbehrlich ist, wie dies immer wieder hingestellt wird. Auch der Verweis auf die Lage in anderen Ländern, in denen es gar keinen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen gibt, läßt sich nicht ohne weiteres vom Tisch wischen. In dieser Situation ist am naheliegendsten das Argument vom allenthalben beklagten Defizit an ethisch-moralischer Sozialisation. Andererseits werden die Kirchen dieses Argument nicht zu eilig aus der Tasche ziehen, um nicht ihrerseits Glauben und Religion in unzulässiger Weise auf Moral zu reduzieren und nicht den Eindruck zu erwecken, sie besäßen so etwas wie einen Alleinvertretungsanspruch für „Ethik“.

Zu entscheiden ist aber letztlich allein die Frage, ob der Religionsunterricht an den Berufsschulen wirklich anders einzustufen ist als bei anderen Schularten und auf anderen Schulstufen. Daß die Schüler älter geworden sind, bedeutet doch wohl nicht, daß sie damit keinen Bedarf mehr für eine ganzheitliche, Sinn-, Lebens- und ethische Fragen einschließende Persönlichkeitsbildung mehr hätten. Allenfalls dürfte es in der Vergangenheit versäumt worden sein, sich didaktisch auf diese veränderte Lage angemessen einzustellen, und so der Eindruck entstanden sein, man rette sich durch bloße Wiederholung und Ausdehnung des Vorhandenen über die Runden. Die bestehenden Möglichkeiten dazu wurden vielleicht nicht so optimal genutzt, wie dies wünschenswert wäre. Sie abzuschaffen wäre jedoch ein zweifelhafter Sieg eines ausschließlich am praktischen Nutzen orientierten Denkens. nt